

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonntagabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. August 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 98

Neubestellungen

auf den „Korr.“ für den Monat September sind rechtzeitig bei den Postämtern aufzugeben. Abonnementspreis monatlich nur 22 Pf., ohne Bestellgebühr. Der „Korr.“ wird gerade in dieser schweren Kriegszeit zu einem unentbehrlichen Vermittler des Organisationslebens werden. Was das Verbandsorgan der Kollegenschaft und unser Ende 1870/71 war, das wird sich nun auch bei dem Weltkrieg gegen Deutschland zeigen. Jedes nicht zum Kriegsdienst eingezogene Verbandsmitglied muß den „Korr.“ also jetzt mit volstem Interesse lesen.

Abbestellungen

des „Korr.“ sind beim Monats- oder Quartalswechsel, je nachdem das Einzelabonnement oder der obligatorische Bezug läuft, in dem Umfang zu bewirken, wie es die außerordentlichen Umstände durch den sehr großen Abgang von Mitgliedern rechtfertigen. Es soll nicht Geld für überflüssig gewordene Abonnements verloren gehen, und es soll auch nicht unnützlich Papier verdrückt werden. Die örtlichen Vorstände haben darüber zu wachen, daß keine Neubestellung unterbleibt, daß aber auch jede überflüssige Abbestellung bei der Post pünktlich vollzogen wird.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Wochenschau: Einführung einer Wochenschau; Lösung der großen Spannung; Die Opfermühseligkeit unter unsern Prinzipalen; Nachahmensewerte Beispiele aus andern Unternehmerkreisen; Falsche Ansichten über die Finanzgebarung unsrer Verbände; Wiedererweckung des wirtschaftlichen Lebens.

Korrespondenzen: Hamburg-Altona. — Kassel (W.-S.). — Krefeld. **Ausgaben:** Vorbildliche Prinzipale. — Folgen der Kriegskrisen. — Arbeitslosigkeit. — Arbeitslose und ehrenamtliche Tätigkeit. — Die Reichszentrale der Arbeitsnachweise in Berlin.

Wochenschau

Die Einführung einer Wochenschau macht sich aus folgenden Gründen notwendig: In drei Artikeln unter der Überschrift „Was der Tag bringt“ ist in Momentbildern oder in größeren Abschnitten, die Umfang und Charakter einer besondern Abhandlung hatten, den Lesern ein Überblick gegeben worden, was in diesen Kriegsjahren über die allgemeine Situation, über die Lage und die Vorgänge in Beruf und Gewerbe, über die organisatorischen Maßnahmen und die dazu führenden Ursachen wie über alles sonst Bemerkenswerte zu sagen ist.

Wir sind nun der Ansicht, daß es in Zukunft mit einer wöchentlich einmaligen Übersicht über alles Wissens- und Bemerkenswerte getan ist. Die in den Nummern 94, 95 und 96 besprochenen Vorgänge und Veröffentlichungen sind ausnahmsweise Art. Selbst Wiederholung derselben und Zurückkommen darauf würden nicht Erläuterungen erfordern wie bei der erstmaligen Besprechung. Eine wöchentliche Zusammenfassung scheint daher zweckmäßiger zu sein. Die Wochenschau wird, etwa gebotene Abweichungen müssen unsere Leser in den Kauf nehmen, in der Dienstagsnummer erscheinen.

Die dritte Kriegswoche hat nun die Lösung der ungeheuren Spannung gebracht. Den Erfolgen um die Wochenmitte im Osten und auch im Westen ist nach fage-langen Schlachten, von denen man schon etwas Ungewisses hörte und empfand, am Schluß die Nachricht von dem großen Siege zwischen Metz und den Vogesen über die Franzosen gefolgt. Es war das erste große Schlagen in diesem Niesenkrieg und für die deutschen Waffen die so dringend notwendige Entscheidung über die Richtung, in der das Ende dieses Weltbrandes liegen wird. Das Wort des Reichskanzlers am 15. August zu dem Sohne von Björn Björnstjer:

Ein Volk aber, das sich im Vollbesitze seiner moralischen Kraft wie ein Mann erhoben hat und so Bewundernswertes zu leisten vermag, das kann nicht unter die Räder kommen, und das kommt nicht unter die Räder,

es scheint nach der Glanzleistung in voriger Woche in Erfüllung zu gehen — und es muß in Erfüllung gehen. Daß der Satz da noch in seinem von England aufgesteckten Hauptcharakter, der Sinterfälligkeit, sich gezeigt und Deutschland, dem Japan so unendlich viel für militärische Erziehung und seine ganze Kultur zu verdanken hat, in der vergangenen Woche den Krieg erklärt hat, macht das Kraut nicht fett. Es heißt durch! Der österreichische

Bundesgenosse hat Rußland, dem Kolos auf lönernen Füßen, auch kräftige Schläge versetzt, und so wird denn, obwohl die Welt voll Teufel ist und uns verschlingen will, der Kriegsgott gewiß auch weiterhin bei den tüchtigen Bataillonen sein.

Bismarck hat im Jahre 1895 in Friedrichsruh über unsre jetzigen Gegner sich mit einer Sicherheit ausgesprochen, die seine prophetenhaften Worte nun doppelt bemerkenswert erscheinen läßt. „Die Deutschen können sich niemals mit den Franzosen verbünden“, sagte dieser Diplomatenfürst, „und zwar wegen der Rassenunterschiede beider Völker. Mit Frankreich können wir nur in künstlicher Freundschaft leben.“ Rußland hätte gar keinen Grund, sich mit Deutschland zu verbünden, meinte Bismarck weiter, dem die Hinzufügung, daß die Deutschen erst recht nichts mit dieser Hauptniederlassung aller Despotie zu tun haben wollen, sicherlich erst Abrundung verleiht. Fundamental ist Bismarcks Ausspruch über England: „Die Politik Englands zielt in dem einen Wort: Materialismus! England ist der gefährlichste wirtschaftliche Gegner Deutschlands“. Das ist der springende Punkt! Es handelt sich darum, unsre wirtschaftliche Machtposition, die mehr und mehr zur Weltstellung wird, niederzuringen. Darum das Bündnis Englands mit dem despotischen Rußland, dem revanchemühseligen Frankreich und dem aufstrebenden, aber hinterhältigen Japan. Und wie hat England in den letzten Wochen nicht alles gegen Deutschland geübt, damit auch andre Staaten noch die Brandfackel gegen uns schleudern! Zutreffend sagte Bismarck deshalb vor 19 Jahren: „Biel eher wird die Zukunft auf Amerika aufmerksam machen, das mit uns gemeinsame Interessen gegen England verbinden wird.“

Mag auch eine Militärpartei in diesem oder jenem Lande schon längst aus andern Gründen zu einem Kriege gedrängt haben, und mögen die Diplomaten mit den Wölfen oft wie auf einem Schachbrette spielen, ausschlaggebend ist das alles nicht gewesen. Der Meid um die wirtschaftliche Tüchtigkeit Deutschlands ist es in erster Linie, der die größten Länder zu uns in offene Feindschaft versetzt hat. Deshalb hat auch die Arbeiterschaft ein so eminentes Interesse an diesem unabwendbar gewordenen Massenkampf, und darum setzt auch sie freudig alles daran, Deutschland als Sieger daraus hervorgehen zu lassen. Nachher werden wir die wirtschaftliche Weltstellung nicht nur haben, sondern auch behaupten können. Die Heldentaten unsrer großartigen Wehr zu Land und zur See lösen deshalb auch eine überwältigende Massenempfindung aus, die die beste Gewähr für den endlichen Sieg bildet.

Die Opferwilligkeit unter unsern Prinzipalen nimmt in erfreulichem Maße zu. Aus den in der „Wochenschau“ Nummer für Nummer gebrachten Bewilligungen für die eingezogenen Gehilfen und Angestellten und deren Familien, welche nicht selten sehr weitgehender Natur sind, ist zu ersehen, daß auch die Großdruckereien sich mehr daran beteiligen. Die ersten Druckschlüsse sind allerdings noch am wenigsten darunter anzutreffen. Das wird hoffentlich noch anders werden. Auf jeden Fall werden die vorbildlich handelnden Prinzipale bei der Gehilfenchaft Dank und Anerkennung in vollem Maße finden.

Wir wollen nicht verschweigen, daß uns verbürgt auch unschöne Äußerungen von Prinzipalen bekannt geworden sind. Mag es sich um Einzelfälle handeln, so sind diese Auslassungen und Handlungen, mit denen man aus seinem Herzen keine Mordgrube machte, doch bedauerlich. Wir wollen nicht jetzt darüber rechten, das kann später noch in dem erforderlichen Traktatgrade geschehen. Es soll damit einleitend nur angedeutet werden, daß wir über alles orientiert sind.

Nachahmensewerte Beispiele aus andern Unternehmerkreisen sind ebenfalls zu verzeichnen. Wir berichteten schon, daß der Vorstand des Arbeitgeberverbandsverbandes der Holzindustrie einen bemerkenswerten Appell zur Fortführung der Betriebe und zur Unterstützung der Arbeitslosen in diesem Gewerbe erließ. Die Berliner Holzindustriellen haben bereits mit dem Holzarbeiterverband

über eine gemeinsame Aktion beraten. In Leipzig hat die lokale Unternehmervereinigung dieser Branche durch Überweisung von 60000 Mk. an die örtliche Leitung der Holzarbeiter fast ihren gesamten Vermögensbestand zu Unterstützungszwecken der Arbeitslosen geopfert. Ein lautes Bravo!

Falsche Ansichten über die Finanzgebarung des Verbandes äußert der „Topograph“ vom 21. August. In einer Betrachtung über die durch den Krieg für die Gewerkschaften geschaffenen Lage, welche an sich objektiv und frei von Ausfällen ist, teilt das Bundesorgan mit, daß der Verband zu den wenigen Gewerkschaften zählt, die ihre Unterstützungssätze nicht verringerten. Dem angeordneten Extrabeitrag von 50 Pf. ständen jedoch keine Mehrleistungen gegenüber. Abgesehen davon, daß die 50 Pf. wahrlich keine Geldberge häufen, ist die Auszahlung der vollen Unterstützungen unter den gegenwärtigen ganz außergewöhnlichen Umständen schon eine recht annehmbare Mehrleistung. Wenn der „Top.“ weiter schreibt, die Unterstützung für Ausleben sei fast gänzlich aufgehoben, so stimmt das nicht. Das Ausleben unterliegt bekanntlich selbst nach dem Tarif einer vorübergehenden Beschränkung, der Verband lieh es nur in ausnahmeweise gelagerten Fällen zu. Zu erwähnen hat der „Top.“ vergessen, daß der Verband bei dem nunmehr gestärkten Ausleben keinen Beitrag erhebt, was auf den Gulenbergbund nur zum Teil zutrifft. Grundfalsch ist aber, wenn der „Top.“ sagt, die Maßnahmen des Verbandes erweckten den Anschein, als wäre der Verband durch seine „Finanztaktiker“ mit seinen Geldmitteln so festgelegt, daß er sich nicht bewegen könne. Das sei auch eine Lehre für die Gewerkschaften. Wir können dazu nur sagen, daß trotz unsrer großen finanziellen Mittel die Beweglichkeit der Gelder derart gesichert ist, daß sich viele Gewerkschaften daran wirkliche Beilehungen holen können. Schließlich erfahren wir noch, daß der vom Gulenbergbund gleichfalls in Höhe von 50 Pf. erhobene Extrabeitrag bei den Mitgliedern nicht überall Zustimmung gefunden hat. Wenn man das erwähnt, dürfte die Mißstimmung gar nicht so unbedeutend sein.

Bei dieser Gelegenheit kommt auch eine interessante Aufklärung. In der zweiten Augustwoche machte eine Notiz durch die Tagespresse die Runde, daß die christlichen Gewerkschaften 4 bis 5 Millionen Mark für die Sinterbesitzer des Kriegsteilnehmer und die durch den Krieg Geschädigten zur Verfügung gestellt haben. Wir betrachteten diese „Kriegsspende der christlichen Gewerkschaften“ überschriebene Mitteilung sogleich als einen Bluff. Jetzt spricht der „Topograph“ davon, daß auch die christlichen Gewerkschaften zum großen Teile die Unterstützungen außer Kraft setzen oder verringern mußten. Trotzdem rechne das Generalsekretariat mit einer Summe von 4 bis 5 Millionen, die während des Krieges für Arbeitslose, die Familien der Eingezogenen, für Sterbegeld usw. aufgewendet werden müßten von der Gesamtheit der christlichen Organisationen. Es sind also alle Unterstützungszweige gemeint und das in einem Betrage, die in unserm Verband allein für die Arbeitslosenunterstützung in Betracht kommen dürfte. Bei uns aber ist niemand von den berufenen Personen mit einer solchen Rechtsamenoliz zur Presse gelaufen. In unserm Verbandsrat machen es ja auch nicht die Worte, sondern die Taten.

Die Wiedererweckung des wirtschaftlichen Lebens ist nunmehr ein dringendes Gebot. Es steht fest, daß in Deutschland wie in Österreich, Handel, Wandel und Verkehr weit über das leider sich aus den Kriegsnöten von selbst ergebende Maß lahmgelegt worden sind. Die Regierungen beider Länder haben da schon ein ernstes Wort reden müssen. In Deutschland mit seiner erstaunlichen finanziellen Grundlage hätte es dazu gar nicht kommen können, wenn nicht viele Unternehmer das Gegenteil der Tapferkeit unsrer Soldaten bewiesen hätten. Auch im Buchdruckgewerbe hat es so manche Schwachherzigkeit gegeben.

Das muß nun, nach dem schon viel entscheidenden ersten großen Sieg, anders werden. Wir dürfen uns nicht noch mehr wirtschaftlich schwächen, als die wirklichen Tatsachen das von selbst mit sich bringen. Professor Franke redet in der „Sozialen Praxis“ vom 20. August da ein mannhaft Wort. Nur einiges sei hier wiedergegeben:

Die Geschäftswelt in Industrie und Handel soll ihre Tätigkeit nicht mehr einschränken, als durch die äußerste Notwendigkeit geboten ist. Arbeiter und Angestellte tun sich weiterbeschäftigen: wenn es nicht anders geht, zu verkürztem Lohn, verminderter Arbeitszeit, Sabbatagslohn, damit nur möglichst viele Personen wenigstens etwas verdienen. Mit vollem Recht tritt der Reichshausbesitzer entgegen, Frauen und Kinder auf die Plätze erwachsener Männer zu bringen. Nein, vor allem sind stellenlose Arbeiter heranzuziehen. Nicht minder aber ist es verkehrt, Einschränkungen im Verkehrswesen vorzunehmen, weil Angestellte zu den Waffen einberufen sind: es sind Ersatzleute genug vorhanden, die leicht anzulernen sind.

Jede Organisation, aber auch jede Familie, ja jeder einzelne kann hier helfen. Es ist selbstverständliche Pflicht der Verbände der Arbeitnehmer, ihre Mitglieder solange wie möglich über Wasser zu halten. Aber ihre Einnahmen verringern sich und ihre Mittel, so groß sie in Friedenszeiten erscheinen, sind den wirtschaftlichen Notwendigkeiten eines Krieges nicht gewachsen. Arbeitsmöglichkeiten, die allein dauernd helfen, kann aber nicht nur der Staat und die Gemeinde, der Industrielle, der Landwirt, der Kaufmann schaffen, sondern auch der Privatmann, indem er seinen Gebrauch nicht über Gebühr einschränkt. Jede Verschwendung, jeder Luxus ist jetzt ein Verbrechen wider den Ernst der Zeiten. Aber auch Knäuelerei und Geiz sind Verbrechen wider die Gesamtheit.

Unsere deutschen Arbeiter stehen wie ihre Kameraden aus andern Ständen und Berufen mit erster Begeisterung und heldenhafter Singabde unter den Waffen fürs Vaterland. Heer und Flotte schützen und verteidigen unser Dasein als Volk. Helfen wir der Wehrmacht durch innere Kriegsbereitschaft, durch Erhaltung und Kräftigung unsres gesamten Wirtschaftslebens, dessen stärkste Bedrohung in der Arbeitslosigkeit und ihren Folgen liegt.

Das soll und muß ein jeder beherzigen. Es ist durchaus richtig, was wir kürzlich in einer großen Zeitung lesen: Deutschland darf nicht nur mit den Waffen, sondern wir müssen auch wirtschaftlich und finanziell die Sieger bleiben

vom 15. August, die vorläufige Stilllegung der Vereinigung, da der weitaus größte Teil der Mitglieder unter die Fahnen gerufen ist oder voraussichtlich noch gerufen werden wird. Zur Erledigung der noch laufenden Arbeiten wurden zwei Kollegen bestimmt. Das Vereinsvermögen soll nach Abzug der Verbindlichkeiten am 1. Oktober an die Familien der im Felde lebenden Kollegen überwiesen werden. (Vor überreifen Maßnahmen, zu denen insbesondere der letzte Beschluß gerechnet werden muß, sollte man sich hüten. Der Krieg bedeutet doch nicht das Ende aller wirtschaftlichen Bestrebungen, deshalb darf auch das Vereinsleben nicht einschlafen. Red.)

T. Krefeld. Am 12. August fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die allerdings überwacht wurde. Kollege Murrmann leitete sie. Zunächst wurde das Andenken des jüngst verstorbenen Kollegen Ruch in üblicher Weise gelehrt. Dann wies der Vorsitzende auf die große Zahl der Arbeitslosen hin; dabei wurde betont, daß sich hier in verschiedenen Druckereien doch noch manche Härten und Einschränkungen der Betriebe hätten vermeiden lassen. Etwa 30 Kollegen sind zum Heer einberufen. Wo es nötig, sollen deren Angehörige unterstützt werden. Dazu stellte die Versammlung dem Vorstand einstimmig die gesamte Ortskasse zur Verfügung. Ein Prinzipal, der sein Geschäft schon am Tage vor der Mobilmachung schloß und sämtliche Gehilfen, ja das ganze Personal von 50 Mann, auf die Straße setzte, hat nachträglich unseren Kollegen den Lohn von 14 Tagen auszahlen lassen. Vollbeschäftigt ist hier am Orte wohl kein einziger Kollege mehr.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Vorbildliche Prinzipale. Der Verleger des „Bamberger Tageblattes“, Frhr. Dr. v. Michel in Bamberg, gewährt den Familien seines zum Feldzuge eingezogenen Druckerei- und Fabrikpersonals eine tägliche Unterstüttung von 1 Mk. für jede Frau sowie 50 Pf. für jedes Kind während der ganzen Dauer des Krieges. — Die Buchdruckerei Oskar Schneider in Mainz zahlt an die Familien der aus ihrem Personal zum Militär Einberufenen pro Monat 20 Mk. und für jedes Kind 5 Mk. Die Mainzer Verlagsanstalt zahlt an die Frauen pro Woche 5 Mk. — Die Sandmehrerische Solubuchdruckerei in Schwerin i. M. gewährt den Familien ihres zum Heer einberufenen Personals eine wöchentliche Unterstüttung von 6 Mk. für die Dauer des Feldzuges. — Die Firma M. DuMont Schauberg („Kölnische Zeitung“) in Köln a. Rh. zahlt an alle eingezogenen Gehilfen und Hilfsarbeiter ihres Personals 20 Mk. aus: Ab 22. August sollen deren Ehefrauen eine wöchentliche Unterstüttung von 4 Mk. sowie für das erste und zweite nicht erwerbsfähige Kind je 2 Mk. und für jedes weitere Kind 1 Mk. erhalten. — Der Inhaber der Firma Puffet in Regensburg, Herr Sommerstrat Friedrich Puffet, gewährt den Familien der zur Fahne gerufenen Arbeiter eine wöchentliche Unterstüttung von 10 Mk. sowie für jedes Kind 2 Mk. Den unverheirateten Arbeitern, die ihre Eltern oder Anverwandten zu unterstützen hatten, werden wöchentlich 5 Mk. gewährt. Ferner wurde denjenigen Arbeitern, die in den Krieg ziehen mußten und den Urlaub noch nicht genossen hatten, derselbe voll ausgezahlt. — Der Verleger der „Halleischen Zeitung“, Herr Otto Thiele in Halle a. S., zahlt an die Familien seiner zum Heer eingezogenen Angestellten wöchentlich 10 Proz. des Lohnes für die Frauen und 5 Proz. für jedes Kind. In den Genuss dieser Beihilfe treten bis jetzt 16 Frauen mit etwa 30 Kindern. — Auf Wunsch sei berichtigend bemerkt, daß die Firma Edgar Herfurth in Leipzig („Leipziger Neueste Nachrichten“) die ihrem eingezogenen Personal gewährte Unterstüttung nicht nur bis Mitte September, sondern bis mit September (also einschließlich) in Aussicht stellte.

Folgen der Kriegswirren. Die „Deutsche Kolonialzeitung“ und die „Kolonialen Monatsblätter“, beide herausgegeben von der Deutschen Kolonialgesellschaft, werden bis auf weiteres nicht mehr erscheinen.

Arbeitslosigkeit. Der Krieg hat den normalen Gang des Wirtschaftslebens so tiefgreifend gestört, daß zahlreiche Unternehmen stehen, ja ganze Teile von Gewerbegruppen, ihren Betrieb stillstellen ließen. Zum Teil ist dies aus zwingenden Gründen geschehen, zum Teil waren es aber auch nur Besorgnis, Angst und Ängstlichkeit, die die Betriebsinhaber zu ihrem törichten und kurzschichtigen Vorgehen veranlaßten. Das ist aber sicher, daß zunächst durch die plötzliche Stilllegung zahlreicher Betriebe eine bedeutende Arbeitslosigkeit trotz des Abganges der ins Feld gerückten Arbeiterschaft eingetreten ist. Wie groß diese Arbeitslosigkeit ist, darüber Vermutungen anzustellen, wäre müßig. Hier zeigt sich eben wieder der Mangel der längst geforderten aktuellen Arbeitsmarktbefragung, die uns über diesen wichtigen Punkt Auskunft gegeben hätte. Glücklicherweise wird durch die Bildung der Reichszentrale der deutschen Arbeitsnachweise diesem Mangel abgeholfen werden. Im Auftrage dieser Zentrale wird die Abteilung des Kaiserlichen Statistischen Amtes für Arbeiterkatalog zweimal wöchentlich von nun an eine Ubersicht des Angebotes und der Nachfrage am Arbeitsmarkt, soweit ein örtlicher Ausgelsicht nicht möglich ist, veröffentlichen, wodurch die Grundlage einer aktuellen Befragung geschaffen wird. Man darf annehmen, daß die Art der Veröffentlichung für die Praxis wie für die Wissenschaft gleich brauchbar gestaltet wird. Durch diese Befragung, die alsbald beginnt, werden wir statt mit Vermutungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit mit wirklichen Zahlen zu rechnen bekommen, und man wird sich vor Uberschätzungen ebenso schützen können wie vor dem Gegenteil. Daß die erste Arbeitslosigkeit in den Groß-

städten besonders erheblich war und ist, das ist nicht anders zu erwarten. Aber dafür wird in kleinen Städten und auf dem Lande der Mangel an Arbeitskräften um so spürbarer werden. Hier heißt es eben, auf einen Ausgleich hinwirken und großstädtische Arbeitslose auf den Land hinausbringen. Man glaube nicht etwa, daß der Krieg das wirtschaftliche Leben zum Stillstand bringe; es tritt zunächst allerdings vor allem durch die Störung und Unterbindung des internationalen Verkehrs eine jähe Stodung ein, dann durch die Mobilmachung eine plötzliche Entleerung des Arbeitsmarktes von männlichen Arbeitskräften. Aber ist diese Zeit vorüber, so haben grundlegende Zweige der Warenherstellung Arbeitsgelegenheit genug, einige Zweige haben sogar sehr viel zu tun. Das Ausfußgewerbe und Luxusindustrie, das auch das Baugewerbe zu leiden haben, ist zugegeben, aber demgegenüber muß eben doch auch mit der ganz starken Verringerung der Arbeitskräfte durch die Mobilmachung gerechnet werden. Berücksichtigt man nun das Sinken der Arbeitsgelegenheit auf der einen, die Verringerung der Arbeiterzahl auf der andern Seite, so dürfte sich ergeben, daß im großen und ganzen die Verringerung der Arbeitskräfte größer ist als das Sinken der Arbeitsgelegenheit. In den Großstädten ist dies freilich anders; hier macht sich, bis ein Ausgleich erfolgt ist, zunächst eine teilweise sehr starke Arbeitslosigkeit bemerkbar. Aber dem Eingreifen der an dem Verschwinden dieser Arbeitsgelegenheit interessierten Organisationen und Umfängen wird es wohl bald gelingen, dieses Übel stark zu vermindern, so daß zu weitgehenden Beschränkungen kein Anlaß gegeben ist. Viel beängstigender für die Arbeiterbevölkerung ist die Gestaltung der Lebensmittelpreise, die auch durch die Feststellung von Maximalpreisen nicht dauernd und hinlänglich vor einem rücksichtslosen Egoismus von Groß- und Kleinhändlern geschützt werden kann. Doch auch diesem Übel gegenüber lassen sich Mittel und Wege zur Abhilfe finden, wenn man nur helfen will. Und man kann annehmen, daß die maßgebenden Instanzen helfen wollen. Denn im Hinblick auf den Winter muß namentlich in den Großstädten dafür gesorgt werden, daß der Umfang der arbeitslosen Bevölkerung so niedrig wie möglich gehalten werden kann. Dazu ist nötig, daß man frühzeitig vorbeugende Maßnahmen ergreift.

Arbeitslose und ehrenamtliche Tätigkeit. Seit dem Ausbruch des Krieges sind bei vielen Behörden die durch die Einberufung in den Fahnen freigewordenen Stellen durch ehrenamtliche Hilfskräfte, die sich in großer Anzahl hierzu bereit erklärten, besetzt worden. So wird die Polizei in den Städten vielfach durch eine ehrenamtliche Bürgerwehr ausgebaut, die Briefträgerdienste verleben Schüler höherer Preussenschulen und Jungdeuschlandjugend, auf den Straßenbahnen fahren Ingenieure als Wagenführer sowie Lehrer und andre höhere Beamte als Schaffner. So anerkennenswert es ist, daß in den ersten Tagen der Not sich solche ehrenamtlichen Helfer in weitestem Maße zur Verfügung stellen, so ist doch jetzt darauf hinzuwirken, daß diese ehrenamtlichen Helfer, die gemeint ihre Geschäfte weiterbetreiben, durch bezahlte Arbeitskräfte ersetzt werden. Denn die Arbeitslosigkeit wird von Tag zu Tag größer, die Not der arbeitenden Klassen wächst, und während für die im Felde stehenden Hilfsaktionen eingeleitet werden, sind die arbeitslosen Hilfskräfte vielfach dem größten Elend preisgegeben. Es ist deshalb angebracht, allerorten, zumal bei den städtischen und staatlichen Behörden, die Erhebung der ehrenamtlichen Hilfskräfte durch Arbeitslose zu fordern.

Die Reichszentrale der Arbeitsnachweise in Berlin. Dem Zentralarbeitsnachweise wurde von der Reichszentrale auf seine Anfrage über angeblichen Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften im Osten Deutschlands folgendes mitgeteilt: Der Bedarf an Entarbeitsern ist zurzeit anscheinend im ganzen Deutschen Reiche gedeckt. Ob sich nach einigen Wochen für Rüben- und Kartoffelarbeiten ein neuer Bedarf ergeben wird, läßt sich noch nicht übersehen. Soweit hier Arbeiterbedarf aus den preussischen Provinzen Westpreußen und Posen gemeldet war, haben wir ihn an den Landeskulturrat für das Königreich Sachsen weitergegeben. Wir haben aber dabei zugleich bemerkt, daß die Angaben voraussichtlich zu hoch sind, und daß erst dort durch unmittelbaren Verkehr mit den betreffenden Stellen der wirkliche Bedarf festgestellt werden müsse.

Briefkasten.
R. F. in Wg.: Zwei Mann sind landsturmpflichtig. Die deutschen Siege lassen nicht auf sich warten. Für Mitteilungen besten Dank und frdl. Gruß.

○○○○ **Verbandsnachrichten** ○○○○
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Verbandsred: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen.
Diren (Rhld.). Stellvertreter der Vorsitzender: Hubert Frank, Kaiserplatz 30.
Birmens. Die Geschäfte des Bezirksvorsitzenden befragt bis auf weiteres Friedrich Becker, Vogelstraße 40.

Arbeitslosenunterstützung.
Burg b. M. Das vollständig neuingerichtete Gewerkschaftshaus, Oberstraße 43, ist am 15. August dem Verkehr übergeben und werden die reisenden Kollegen ersucht, nur noch unser Heim aufzusuchen.

Verammlungskalender.
Münster i. W. Bezirksversammlung Sonntag, den 6. September, im Lokale Mackenbrock, Münster, Agidstraße. Eintritt frei an den Vorabend.

○○○○ Korrespondenzen ○○○○

Samburg-Iltona. In der Versammlung der Mitglieder der Zentralinvalidenkasse in Liquidation am 10. August stand als einziger Punkt auf der Tagesordnung: Wahl eines Delegierten zur VII. ordentlichen Generalversammlung in Berlin. Wahlberechtigt waren alle Kollegen, welche vor dem 2. Juli 1893 in den Verband eingetretten sind. Gewählt wurde Kollege W. Dreier mit 142 Stimmen. — Anschließend hieran fand eine Mitgliederversammlung des Buchdruckervereins statt. Der Vorliegende machte bekannt, daß 660 Kollegen konditionlos, 43 Kollegen krank und 340 Kollegen zum Militär einberufen sind; letzteren einige Abschiedsworte widmend, mit dem Wunsch auf baldiges frohes Wiedersehen. Den Kartellbericht erstattete Kollege Runkler, während Kollege Reuser eine Ergänzung zum Bericht gab. Kollege Thorer berichtete über die Kartellführung, in welcher ein Vortrag gehalten wurde über „Probleme der wirtschaftlichen Kämpfe in Deutschland“. Die Abrechnung des Vergütungsausschusses soll der Vorstand in Gemeinschaft mit den Rezipienten abnehmen. Gaupflichter Dreier bemerkte, daß infolge des Krieges viele Kollegen ohne Kündigung entlassen seien, was natürlich nicht gestattet sei. Leider hätten die meisten Kollegen sich hiermit einverstanden erklärt, ohne erst vorher den Vorstand in Kenntnis zu setzen. In Anbetracht der außergewöhnlichen Zeiten habe das Tarifamt beschlossen, eine Annäherung der 14tägigen in die 8tägige Kündigungsfrist zuzulassen; die Kündigung könne jetzt auch an irgendeinem Werktag erfolgen. Ebenso sei jetzt das wechselseitige Auslesen erlaubt. Der hiesige Gaupflichter habe beschlossen, daß die Kollegen, die wechselseitig drei Tage arbeiten und drei Tage auslesen, für sechs innerhalb zwei Wochen geleistete Arbeitstage nur einen Beitrag zu zahlen haben. Redner brachte ein Schreiben zur Kenntnis, in dem die Prinzipale von ihrem Vorstand aufgefordert werden, keine überflüssigen Maßnahmen zu treffen. Sollte eine Kündigung des Personals nicht zu umgehen sein, dann müsse die tarifliche Frist eingehalten werden. Beurlaubte dürfen nicht gekündigt werden. Kollege Pieczak erwähnte, daß die in Parteibetrieben beschäftigten Kollegen sich eine Kriegssteuer aufgelegt hätten, er bat um Nachsicht. Kollege Reuser bat, eine Generalversammlung einzuberufen, um einen Extrabeitrag zu beschließen, wodurch es möglich sei, zurückgebliebene Familien zu unterstützen. Kollege Dreier ersuchte, die Gaupflichterkonferenz abzuwarten. Dann wäre auch schon ein Ubersicht vorhanden, wie groß die Arbeitslosenzahl sei. Wenn während dieser Zeit eine Familie in außerordentlicher Notlage geraten würde, sei immer noch der Wohlthätigkeitsauschuß da. Es sprachen noch die Kollegen Runkler, Kesselbarth, Wolfrath und M. Sohn. Kollege Fuhrer gab noch einen kurzen Bericht über den Anschluß der vom Gewerkschaftskartell gewählten Vertreter an das Hilfskomitee. Die Versammlung war von etwa 930 Kollegen besucht.

Kassel. (Maschinenfeger.) Die Maschinenfegervereinigung Kassel-Göttingen beschloß in ihrer Versammlung